

der chinesischen Gruppe mit gleicher Aufmerksamkeit zu behandeln. Nicht immer ist klar, welchen Einfluß einzelne Mitglieder der Delegation haben. Die Verhandlungen werden des öfteren auch für ganze Tage unterbrochen; die Ausländer werden dann eingeladen, Besichtigungstouren zu machen. Die Chinesen nutzen diese Zeit, um unter sich Entscheidungen herbeizuführen oder höhere Ebenen zu konsultieren.

Auch dem China-Laien ist mittlerweile das Konzept des "Gesichts" vertraut. Man darf andere nicht das Gesicht verlieren lassen, man muß selbst Gesicht bewahren. Ablehnungen werden von chinesischer Seite selten direkt ausgesprochen; man erwartet vom Ausländer, daß er eine indirekt ausgesprochene Ablehnung versteht und seinerseits nicht mehr darauf zurückkommt. Die späteren wirtschaftlichen Beziehungen werden nicht unerheblich bereits während der Verhandlungen vorgeformt. Entwickelt sich eine freundliche Atmosphäre, so kann man davon ausgehen, daß eventuell später auftretende Schwierigkeiten in der gleichen freundlichen Atmosphäre besprochen und schließlich bereinigt werden.

*
*
*

6. ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Brunhild Staiger

*
*
*
* * * * *

Der Erfolg der Modernisierungspolitik in China ist in hohem Maße davon abhängig, wie weit das chinesische Bildungssystem in der Lage ist, das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung zu heben und die erforderlichen Fachkräfte aller Ebenen bereitzustellen. Dies hat die chinesische Führung erkannt, und sie mißt daher der Reform des Erziehungswesens vorrangige Bedeutung bei. Leistung, Qualität und Fachwissen werden wieder betont, und der Zugang zu höheren Schultypen ist nur aufgrund strenger Aufnahmeprüfungen möglich. Trotzdem kann das Erziehungswesen, insgesamt gesehen, gegenwärtig weder in bezug auf Quantität noch in bezug auf Qualität den Modernisierungsansprüchen genügen. Bevor auf die wichtigsten Probleme der einzelnen Schultypen eingegangen wird, soll ein kurzer Blick auf die Verwaltungsstruktur im Bildungswesen geworfen werden.

6.1. Verwaltungsstruktur im Erziehungswesen

Das Erziehungsministerium ist das zentrale Planungs-, Koordinierungs- und Kontrollorgan für das Bildungswesen. Es erläßt die bildungspolitischen und pädagogischen Grundsätze und Richtlinien und koordiniert bildungspolitische Fragen mit anderen Fachministerien sowie mit den Erziehungsbehörden auf Provinzebene. Zudem fungiert das Ministerium als Träger zahlreicher Hochschuleinrichtungen und Schwerpunktschulen.

Die Erziehungsbehörden auf Provinz-ebene sind für die Durchführung der von der Zentrale ausgegebenen bildungspolitischen Richtlinien und Bestimmungen sowie für die Planung und Finanzierung der regionalen Bildungspolitik verantwortlich. Außerdem sind sie für die Hochschuleinrichtungen der Provinz und für die Organisation der Erwachsenenbildung wie auch der Funk- und Fernsehhochnschule der Provinz zuständig. Außer den Hochschulen gibt es auch auf Primar- und Sekundarstufe Schulen, die den Provinzen direkt unterstellt sind, namentlich Schwerpunktschulen und Fachmittelschulen. Einige Aufgaben kann die Provinzbehörde an die Erziehungsbehörden auf Bezirksebene (qu) delegieren, insbesondere im Bereich der Fachhoch- und Fachmittelschulen.

Die Erziehungsbehörden auf Kreis-ebene (xian) verwalten die regulären Grund- und Mittelschulen, die Pädagogischen Mittelschulen, die dem Kreis unterstellten Schwerpunktschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Auf der untersten Verwaltungsebene der Kommunen (xiang) sind die Erziehungsbüros für die örtlich betriebenen Grundschulen, für landwirtschaftliche und teilweise auch für berufliche Schulen sowie für örtliche Alphabetisierungsprogramme für Erwachsene zuständig.

6.2. Das Schulsystem

Grundschule:

Die Grundschuldauer beträgt normalerweise 6 Jahre, vielfach aber nur 5 Jahre oder weniger. Nach offiziellen Angaben besuchen gegenwärtig im nationalen Durchschnitt 94 Prozent aller Kinder im Schulalter die Schule. Diese hohe Rate bedeutet jedoch nicht, daß die allgemeine Schulpflicht verwirklicht wäre. Auf dem Lande schicken viele Eltern ihre Kinder nur sporadisch zur Schule, weil sie es aus wirtschaftlichen Gründen für sinnvoller erachten, wenn die Kinder in der Landwirtschaft helfen. Weitere Gründe für die Schwierigkeiten bei der Einführung der Schulpflicht sind der Lehrermangel und die unzureichende finanzielle

Ausstattung zahlloser ländlicher Gemeinden, zumal in unterentwickelten Gebieten. Durch eine entsprechende Gesetzgebung will der Staat die allgemeine Schulpflicht landesweit bis 1990 durchsetzen.

Sekundarschulen:

Die Sekundarschulen gliedern sich in allgemeinbildende Mittelschulen, die in eine je drei-, manchmal auch nur zweijährige Unter- und Oberstufe unterteilt sind, Fachmittelschulen, zu denen technische und pädagogische Mittelschulen zählen, sowie die anspruchloseren beruflichen und landwirtschaftlichen Mittelschulen. Der überwiegende Teil aller Sekundarschüler besucht eine allgemeinbildende Mittelschule: 1983 besuchten von knapp 47 Mio. Sekundarschülern nur etwa 2,9 Mio. eine berufsqualifizierende oder -vorbereitende Schule. Hinzu kommt, daß nur eine kleine Minderzahl von Absolventen der oberen Mittelschule die Zulassung zum Hochschulstudium erlangt. Daraus ergibt sich, daß jährlich Millionen von Mittelschulabgängern ohne berufliche Vorbildung auf den Arbeitsmarkt drängen. Aus diesem Grunde ist seit 1979 eine Reform der Sekundarschule eingeleitet worden, in deren Rahmen allgemeinbildende Sekundarschulen ganz oder teilweise in berufsbildende Schulen umgewandelt werden. Außerdem sollen die Fachmittelschulen und die Berufsschulen ausgebaut werden, um den dringenden Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften der mittleren Ebene decken zu helfen.

Hochschulen:

In China studierten 1984 1,2 Mio. Studenten an über 800 Hochschulen und Universitäten. (Zum Vergleich: Die Bundesrepublik Deutschland mit nur rd. 60 Mio. Einwohnern hatte 1984/85 die gleiche Zahl an Studenten zu verzeichnen.) Die Zahl der Neuzulassungen zu den Hochschulen betrug 1984 430.000. Im Jahre 1977 wurden die in der Kulturrevolution abgeschafften Hochschuleingangsprüfungen wieder eingeführt. Zugelassen werden praktisch nur noch Absolventen regulärer Mittelschulen. Die Prüfungen werden national einheitlich jedes Jahr im Juli durchgeführt. Seit 1978 können sich besonders erfolgreiche Studenten nach Abschluß ihres Grundstudiums für ein Postgraduiertenstudium bewerben, das ihnen die Möglichkeit bietet, den Magister oder Doktorgrad zu erwerben. Um den im Rahmen der Modernisierungspolitik ständig steigenden Bedarf an qualifizierten Fachleuten befriedigen zu können, wird der Hochschulsektor verstärkt ausgebaut. Daneben wird dem Ausbau von Fachhochschulen sowie von Rundfunk-, Fernseh-, Fern- und Abendhochschulen besondere Auf-

merksamkeit geschenkt. Die Rundfunk- und Fernsehuniversität, die mit Anleihen der Weltbank ausgebaut wird, soll bis zum Jahre 1990 eine Kapazität von 2 Mio. Studenten haben. Zusätzlich werden jährlich Tausende von Studenten zum Studium ins Ausland entsandt.

Schwerpunktschulen:

In China ist das Gefälle zwischen den Schulen eines Schultyps außerordentlich groß. Das ist nicht nur auf regionale Unterschiede zurückzuführen, sondern auch auf die einseitige Förderung von Eliteschulen, den sog. Schwerpunktschulen. Solche auf allen Schulstufen vorhandenen Schulen sind in jeder Hinsicht begünstigt: Sie erhalten höhere Zuwendungen, bessere Lehrer und eine bessere Ausstattung als normale Schulen und können sich die besten Schüler auswählen. Die Schüler dieser Schulen unterliegen einem starken Leistungsdruck, allerdings ist ihnen, besonders den Absolventen der Schwerpunkturniversitäten und -hochschulen, der Aufstieg in die höchsten Stellen sicher.

Erwachsenenbildung:

Die Erwachsenenbildung spielt in China wegen der begrenzten Kapazität des regulären Schulsystems und der Hypotheken aus der Vergangenheit eine besonders wichtige Rolle. Während früher diese Form der Erziehung häufig für politische Indoktrinierung genutzt wurde, liegt heute die Betonung eindeutig auf der Vermittlung von Fachkenntnissen. Hauptzielgruppe der Erwachsenenbildung sind die 230 Mio. Analphabeten oder halben Analphabeten, d.h. Menschen, die die offiziell verlangten 1500 Standard-Schriftzeichen nicht beherrschen. Durch Alphabetisierungskampagnen soll das Analphabetentum unter den Zwölf- bis Vierzigjährigen bis 1995 abgeschafft sein.

Einrichtungen der Erwachsenenbildung, unter denen seit etwa 1980 auch private Schulen gefördert werden, werden des Weiteren zur Erlernung von Fach- und Spezialkenntnissen genutzt, insbesondere von arbeitslosen Jugendlichen oder von Berufstätigen zur beruflichen Weiterbildung.

6.3. Organisatorischer Rahmen im Wissenschaftsbereich

Für die Modernisierung Chinas kommt der wissenschaftlichen Forschung nicht mindere Bedeutung zu als dem Erziehungswesen. Wissenschaftliche Forschung wird in China nur zu einem geringen Teil an den Universitäten und Hochschulen betrieben. Zum überwiegenden Teil findet sie an außeruniversitären Forschungsinstituten der verschiedenen Akademien statt. Mit 119 Forschungsinstituten und 44.000

Wissenschaftlern (1985) ist die Chinesische Akademie der Wissenschaften die größte Forschungsinstitution. Sie ist für naturwissenschaftliche Forschung zuständig. Für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung, früher in einer Abteilung an der Akademie der Wissenschaften angesiedelt, besteht seit 1977 die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften. Mit 32 Instituten und 2800 Wissenschaftlern (1982) ist sie weitaus kleiner als die Akademie der Wissenschaften. Beide Institutionen haben Zweigniederlassungen auf Provinzebene.

Daneben gibt es eine Reihe von Fachakademien, so z.B. für Medizin (chinesische und westliche), Agrar-, Forst- und Geowissenschaften. Außer auf dem Hochschulsektor wird Forschungstätigkeit noch an Forschungseinrichtungen ausgeübt, die einzelnen Fachministerien, militärischen Organisationen oder staatlichen Industriebetrieben unterstehen. Schließlich gibt es zahllose wissenschaftliche Gesellschaften, die u.a. auch wissenschaftliche Projekte fördern; sie sind in der "Gesamtchinesischen Vereinigung für Wissenschaft und Technik" zusammengefaßt, die ebenfalls Zweigstellen auf Provinzebene unterhält. Höchstes Planungs-, Koordinierungs-, Verwaltungs- und Kontrollorgan für die Wissenschaft ist die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik, die den Rang eines Ministeriums hat. Sie koordiniert vor allem die kurz- und langfristigen Forschungspläne. Darüber hinaus wurde für die langfristige Perspektivplanung 1983 eine direkt dem Ministerpräsidenten unterstellte Führungsgruppe für Wissenschaft und Technik eingerichtet.

6.4. Wissenschaftspolitik

Wissenschaft und Technik sind einer der vier Schwerpunkte der Modernisierungspolitik, ja sie bilden den eigentlichen Schlüssel zur Modernisierung. Aus diesem Grunde hat man sich in den vergangenen Jahren zunächst bemüht, das durch die Kulturrevolution stark getrübbte Ansehen der Wissenschaftler und Techniker wieder zu heben: Akademische Grade und Titel wurden wieder eingeführt (1981), individuelle wissenschaftlich-technische Leistungen werden wieder honoriert, und durch höhere Gehälter und Auszeichnungen, aber auch durch die Ermunterung an die Wissenschaftler, Nebentätigkeiten für die Wirtschaft zu übernehmen, werden Anreize geschaffen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses geschenkt. Hier baut man bewußt auf die Hilfe des westlichen Auslands, indem man in großer Zahl Studenten zum Studium oder zur

Fortbildung ins Ausland schickt; zwischen 1978 und 1984 hat die VR China gut 33.000 Studenten, davon über 26.000 durch staatliche Stipendien gefördert, im Ausland studieren lassen. Parallel dazu ist auch der Wissenschaftleraustausch in den letzten Jahren intensiviert worden.

Das Interesse des Staates gilt in erster Linie der naturwissenschaftlichen Forschung und hier insbesondere den angewandten Wissenschaften. Priorität wird der Forschung auf den Gebieten Mikroelektronik, Informatik, Biotechnik und Materialwissenschaft eingeräumt. Die Parole lautet: "Wissenschaft und Technik sollen dem wirtschaftlichen Aufbau dienen". Die Wissenschaft ist aufgefordert, sich im höchstmöglichen Maße an den Bedürfnissen der Wirtschaft zu orientieren. Um die Praxisnähe zu gewährleisten, sind die Forschungsinstitute zur engen Zusammenarbeit mit Wirtschaftsbetrieben aufgerufen. Diese soll auf Gegenseitigkeit beruhen, d.h., die Forschungsinstitute sollen einerseits Auftragsforschung für die Wirtschaft betreiben und sich andererseits die Ergebnisse ihrer Forschung von den Abnehmern finanzieren lassen. In der Praxis bedeutet dies die Einführung des Vertragssystems in die Wissenschaft, die ein wesentlicher Bestandteil der 1983 eingeleiteten und 1984 verstärkt in Angriff genommenen Reform des Wissenschaftsbetriebes ist. Mit dieser Reform wird bezweckt, einen Großteil der Forschungsinstitute von staatlichen Zuwendungen unabhängig zu machen. Lediglich Institute, die an für den Staat besonders wichtigen Projekten arbeiten oder die Grundlagenforschung betreiben, auf die bei aller Betonung der angewandten Wissenschaften nicht verzichtet wird, sollen weiter vom Staat finanziert werden.

Weitere Schwerpunkte der Reform des Wissenschaftsbetriebes sind die Gewährung größerer Autonomie für die Institute, wobei die Institutsdirektoren mehr Verantwortung für die Institutsarbeit, die Finanzen, die Personalverwaltung u.a. übernehmen sollen, sowie die Einführung einer größeren Flexibilität im Personalwesen. Das Prinzip der lebenslangen Anstellung der Wissenschaftler und anderen Personals an demselben Institut soll durchbrochen werden, d.h., überzählige oder nicht richtig eingesetzte Mitarbeiter werden entlassen oder versetzt. Insbesondere sollen Wissenschaftler auch auf Zeit an andere Institutionen, zumal in unterentwickelten Gegenden Chinas, ausgeliehen werden können.

Die Reformen im Wissenschaftsbereich, die unter den Stichworten Praxisorientiertheit, Wirtschaftlichkeit, Leistungsprinzip und Flexibilität hinsichtlich des Personaleinsatzes zusammenzufassen sind, dürften sich auf Wissenschaft und Technik positiv auswirken und den Prozeß der erstrebten Angleichung an das Weltniveau beschleunigen.

Der Erfolg der gegenwärtigen Reformpolitik im Bildungs- und Wissenschaftsbereich hängt nicht nur von der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft ab, sondern in hohem Maße auch von der Fortsetzung der derzeitigen Intellektuellenpolitik. Es kommt darauf an, die fachliche Kompetenz des ohnehin begrenzten Potentials an Wissenschaftlern, Technikern, Lehrern und Studenten voll zu nutzen und nicht nach ideologischen Kriterien zu beurteilen. Schließlich ist auch die weitere Zusammenarbeit mit dem westlichen Ausland von entscheidender Bedeutung, zumal auf dem Gebiet des Wissenschaftler- und Studentenaustauschs.

*
*
*

7. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND CHINA

Rüdiger Machetzki

*
*
* * * * *

7.1. Rückblick

Historisch gesehen, sind die Beziehungen zwischen Deutschland und China seit Mitte des 19. Jahrhunderts durch drei Phasen substantieller politisch-wirtschaftlicher Kontakte gekennzeichnet. Diese Phasen waren jeweils durch den Ersten bzw. Zweiten Weltkrieg unterbrochen worden und machten auf beiden Seiten einen Neuanfang notwendig. Die erste Phase bis 1917 war vor allem durch Ungleichheiten gekennzeichnet, die ihren Ausgangspunkt im sogenannten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag von 1861 hatten (Meistbegünstigungsklausel für alle deutschen Staaten in corpore, alleiniges diplomatisches Vertretungsrecht in Beijing für Preußen, konsularische Vertretungen der deutschen Hansestädte in den Vertragshäfenstädten).

In den ersten Jahrzehnten bis 1890/95 stand für die deutsche China-Politik vor allem die Entwicklung des Handels mit dem fernöstlichen Kaiserreich im Mittelpunkt. Nach 1895 verschob sich der Schwerpunkt, und man begann von

deutscher Seite, direkten politischen Einfluß auf China zu nehmen, sich in Qingdao (Tsingtau) eine eigene Kolonie zu schaffen und die deutsche Einflusssphäre auf die gesamte Provinz Shandong auszudehnen. Diese Phase deutscher Vormachtspolitik in China endete spätestens 1915-17, als China die 1861 aufgenommenen Beziehungen abbrach und dem deutschen Kaiserreich nach längerer interner politischer Diskussion den Krieg erklärte. Die Kriegserklärung beinhaltete zwangsläufig den Verlust aller durch Deutschland bis dahin vertraglich erworbenen und erzwungenen Rechte. Diese Rechte fielen jedoch entgegen chinesischer Hoffnung nicht an die junge chinesische Republik zurück, sondern gingen auf Japan über, so daß China weiterhin zu den benachteiligten Staaten gehörte.

Diese Umstände erleichterten die Wiederaufnahme der deutsch-chinesischen Beziehungen in der zweiten Phase, die diesmal von "Gleichheit" geprägt waren. Im politisch-militärischen Bereich nahm die Tätigkeit deutscher "Berater" seit Ende 1924 ständig zu. Es sei hier nur an General von Seeckt erinnert, der 1934 zum Chefberater der chinesischen Nationalregierung ernannt wurde. Insgesamt waren im Höhepunktjahr 1935 rund 70 deutsche Berater in China tätig. Diese Beratertätigkeit führte zu einer entsprechenden Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen, von denen insbesondere die deutsche Rüstungsindustrie profitierte. Auch die unter Leitung des Auswärtigen Amtes betriebene deutsche China-Diplomatie war außerordentlich erfolgreich. Deutschland gewann bald ein sehr positives Image unter den Chinesen und wurde bei politischen Konflikten zwischen China und einzelnen westlichen Mächten wiederholt als Vermittler eingeschaltet. Es wardamals sogar vereinzelt von einer sogenannten "Sino-German Connection" die Rede. Auch die Austauschpolitik auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet gewann während der zwanziger Jahre zunehmend an Bedeutung. Die Universitäten in Berlin und Leipzig wurden zu neuen Zentren chinesischer Auslandsstudenten in Europa.

Diese Phase der neuen deutsch-chinesischen Beziehungen, die sich während der zwanziger Jahre so verheißungsvoll entwickelte, war jedoch nur von verhältnismäßig kurzer Dauer. Aufgrund der wachsenden Verbindungen der nationalsozialistischen Herrschaft zu Japan und der gleichzeitigen japanisch-chinesischen Kriegssereignisse wurde die deutsche China-Politik der Japan-Politik untergeordnet. Zuerst versiegte der kulturelle Austauschstrom, und später

verringerte sich der gesamte deutsch-chinesische Verkehr auf ein formal-diplomatisches Mindestmaß. Mit der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, der deutschen Teilung und dem Sieg der kommunistischen Bewegung im chinesischen Bürgerkrieg setzte das zweite Intervall "substantieller Nichtbeziehungen" zwischen beiden Gemeinwesen ein. Rechnet man alle Phasen verhältnismäßig intensiver Berührung zwischen Deutschen und Chinesen einschließlich der gegenwärtigen zusammen, so ergibt sich leider nur der kurze Zeitraum von nicht einmal fünfzig Jahren.

7.2. Die Entwicklung seit 1972

7.2.1. Politik

Der große Einschnitt in den deutsch-chinesischen Beziehungen - genauer in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China - dauerte praktisch bis zum Jahr 1972. Zuvor hatte die Zugehörigkeit beider Staaten zu den verschiedenen weltpolitischen Lagern dazu geführt, daß die Volksrepublik China Kontakte vor allem zur DDR (gegenseitige diplomatische Anerkennung 1949) pflegte. Die Beurteilung der Bundesrepublik durch die Volksrepublik China folgte im wesentlichen dem Tenor der Sowjetunion und der DDR. Auf bundesdeutscher Seite waren die Kontakte zu Taiwan, das sich selbst als Nationalchina bezeichnet, von einer gewissen Dichte, obwohl es nicht zur diplomatischen Anerkennung kam. Grundsätzlich war das bundesdeutsch-chinesische Verhältnis auch während der sechziger Jahre überwiegend eine bloße Widerspiegelung des Verhältnisses beider Staaten zu den USA bzw. zur Sowjetunion. Eine gewisse Ermutigung zu zumindest begrenzt eigenständigen Überlegungen gab es erst nach 1964, als Frankreich unter seinem Präsidenten de Gaulle die Volksrepublik China diplomatisch anerkannte. Dies galt um so mehr, als sich das Verhältnis zwischen China und der DDR nach dem ideologisch-politischen Bruch mit der Sowjetunion auf Mindestkontakte beschränkte. Anfänglichen Versuchen der chinesischen Seite während der frühen sechziger Jahre, die DDR für die chinesische Position zu gewinnen, war kein Erfolg beschieden.

Nach dem Bruch mit der Sowjetunion wandelte sich die offizielle Welt-sicht Chinas. Die Staaten Westeuropas wurden in ihrer internationalen politischen und wirtschaftlichen Rolle wesentlich positiver beurteilt. Diese atmosphärische Verbesserung blieb nicht ohne Auswirkungen auf das China-Bild in der Bundesrepublik. Dennoch kam der endgültige Durchbruch erst 1972, nachdem eine grundle-